
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Ing. Peter Westenthaler, Mag. Gernot Darmann, Herbert Scheibner
Kollegin und Kollegen
betreffend Einführung einer generellen Anzeigepflicht bei begründetem Verdacht auf
Gewalttaten an Kindern

eingbracht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage der Abgeordneten Ing.
Westenthaler, Scheibner, Kollegin und Kollegen „Gewalt gegen Kinder – Stunde der
Wahrheit für Berger“ in der Nationalratssitzung am 06.12.2007

Angesichts der jüngsten Fälle von Kindesmisshandlungen in Österreich – wie der
erschütternde Fall des 17-Monate alten Luca, der von seinen Eltern zu Tode gequält wurde –
tritt einmal mehr das Versagen der Behörden, vor allem das der Jugendwohlfahrt auf
schmerzhaft und tragische Weise zu Tage. Diese Problematik, Gewalt an Kindern, hat in
Österreich in den letzten Jahren in der Tat unfassbare Ausmaße angenommen: Nach der
Opfertabelle des Bundeskriminalamtes wurden im letzten Jahr mehr als 700 Verurteilung von
Straftaten an unter Zehnjährigen statistisch erfasst.

Kindern wird in Österreich Gewalt angetan, sie werden misshandelt und sogar getötet und die
Behörden schauen zu beziehungsweise weg! Das muss ein Ende haben!


Dazu ist es nötig, eine bundesweite Vernetzung und Koordinierung der
Landesjugendwohlfahrtsstellen zu schaffen, diesen ein wirksameres Eingreifen insbesondere in
Fällen der Gefährdung von Kindern durch Gewalt aufzuerlegen und eine einheitliche
Vorgangsweise bei Meldungen an das Jugendamt diese Problematik betreffend sowie eine
generelle Anzeigepflicht bei begründetem Verdacht auf Gewalttaten an Kindern einzuführen.

Daher fordern die unterzeichneten Abgeordneten die sofortige Umsetzung folgenden

Entschließungsantrages

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, Gesetzesentwürfe vorzulegen, die die Schaffung
einer bundesweiten Vernetzung und Koordinierung der Jugendwohlfahrtsbehörden der Länder
vorsehen, diesen ein wirksameres Eingreifen insbesondere in Fällen der Gefährdung von
Kindern durch Gewalt auferlegen sowie eine generelle Anzeigepflicht bei begründetem
Verdacht auf Gewalttaten an Kindern vorsehen.“



Wien, am 06.12.2007